

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 14. Ratssitzung vom 12. September 2018

### 352. 2018/60

#### **Postulat von Christine Seidler (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 07.02.2018: Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftssträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Christine Seidler (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3766/2018): *Trends und Gegentrends prägen seit jeher unsere Gesellschaft. Weil aber solche Entwicklungen nie vorausgesagt werden kann, lohnt sich eine Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld. Der Vorstoss zum Stadtlabor basiert auf meiner langjährigen Auseinandersetzung als Stadtplanerin und Forscherin im Spannungsfeld zwischen Standortentwicklung und Stadtplanung. Die Stadtplanung ist ein komplexes Feld, das besonders den globalen Trends und Gegentrends unterworfen ist. Die Urbanisierung treibt das voran, wie auch der demographische Wandel, die Diskussionen zwischen der Verteil- und Wachstumsökonomie sowie die Individualisierung und damit eine breiter werdende Bedürfnisspanne. Diese zeichnet sich stark in der Stadtentwicklung und -planung ab. Ein Beispiel dafür ist das Brotgestell: Früher stand ein helles und ein dunkles «Pfänderli» zur Auswahl, heute geht die Auswahl von glutenfrei über diverse Vollkorn- und weitere Optionen. Die Bedürfnisse werden vielfältiger und volatiler, die Stadtplanung komplizierter und aufwendiger. Im Kerngeschäft der Stadtplanung besteht keine Möglichkeit, auf einem Testmarkt ein Produkt einzuführen, einen Planungsprozess auszutesten oder eine erfolgte Realisierung zu erproben. Fehlplanungen führen zu tiefgreifenden Konsequenzen. Als Alternative kennen wir Pilot- und Referenzprojekte, mit deren Bewertung Weiterentwicklungen bei Neuplanungsprojekten eingebracht werden können. Ein Beispiel ist die Kalkbreite oder das Dreieck. Es braucht Pionierlösungen, die Verdichtung erproben können. Es geht um die Vermeidung von Fehlplanungen und das Erkennen von Lösungen, die als Mehrwert in neue Planungsprozesse einfliessen können; dies insbesondere unter der Prämisse der Verdichtung. Bis im Jahr 2030 muss die Stadt 80 000 zusätzliche Personen auf dem Stadtgebiet aufnehmen. Daraus ergeben sich neben der anspruchsvollen Herausforderung der baulichen Verdichtung auch neuartige siedlungspolitische Herausforderungen sowie gesellschaftliche, räumliche, ökologische und ökonomische Zielkonflikte, die teilweise noch nicht bekannt sind. Es bestehen nur noch wenige Grünflächen, sodass Verdichtung dort geschehen muss, wo bereits Menschen mit Emotionen und eigenen Vorstellungen leben. Damit die Verdichtung einen Mehrwert realisiert, müssen die Lebensqualität einbezogen und dynamische entwickelte Planungsinstrumente verwendet werden. Unsere Raumplanungsgesetze stossen bei den Herausforderungen der verdichtenden Stadt an die Decke. Die vielerorts eingeführten Sonderbauvorschriften, Ausnahmeplanungen und Gestaltungspläne sind ein Symptom davon. Wenn es zu immer mehr Ausnahmeregelungen kommt, muss die Gesetzes-*

grundlage hinterfragt werden. Die Raumplanungs- und Baugesetze wurden in der Zwischenkriegszeit entwickelt, als das vorherrschende Ziel die Ordnungsschaffung und die kognitive Lenkung der war. Dass letzteres nicht mehr möglich ist, wird hier von niemandem bestritten. Darum schlägt mein Vorstoss ein Laborquartier als Instrument vor, das eine Gelegenheit bietet, Verdichtung auszuprobieren und herauszufinden, wie die zukunftssträchtigen Formen des Zusammenlebens – auch in ökonomischem, sozialem und ökologischem Sinn – aussehen. Die Stadt Zürich spielte stets eine Pionierrolle und löste stets neue gesellschaftliche Fragen und Probleme. Das Stadtlabor ist nicht auf neue Strukturen angewiesen, sondern soll auf gewachsenen Strukturen in wissenschaftlicher Begleitung erprobt werden. Mit diesem mutigen und unkonventionellen Stadtlabor schreiten wir weiterhin als Pionierin voran.

**Roger Bartholdi (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. März 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Der Vorstoss bedeutet auch für mich einen Versuch. So wird der Stadtrat «aufgefordert», aber nicht aufgefordert zu prüfen. Erst geht es um die Realisierung, dann um die Planung und schliesslich um das Erstellen – eine interessante Reihenfolge einer Umsetzung. Dass verlangt wird, dass optimale Rahmenbedingungen bestimmt werden sollen, bedeutet, dass solche heute nicht bestehen. Bezüglich der Begründung gesteht die linke Seite ein, dass es weiterhin zu einer starken Zuwanderung kommen wird; ein Thema, das dringend betrachtet werden muss. So gesehen stellt die Stadt bereits heute ein Labor dar: ein Zuwanderungslabor. Zürich ist eine attraktive Stadt und lockt nicht nur Menschen aus dem Ausland, sondern auch solche von anderen Kantonen und Gemeinden an. Die zu hohe Zuwanderung stellt das Hauptproblem dar, der Volkswille auf eidgenössischer Ebene wird hier nicht umgesetzt. Die Formulierungen der baulichen Verdichtung, der neuartigen siedlungspolitischen Herausforderungen und der gesellschaftlichen, räumlichen und ökologischen Zielkonflikte zeigen auf, dass mehr Personen in der Stadt mehr Konflikte bedeuten. Mehr Menschen bedeuten mehr Wohnungsflächen und mehr Mobilität in einer Stadt, die bereits zu stark ausgelastet ist. Es freut uns, dass diese Thematik erkannt wurde.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Der Stadtrat erachtet die Stossrichtung des Postulats als grundsätzlich interessant und ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Ähnliche Ideen bestehen bereits in verschiedenen Städten der Schweiz und im Ausland. Das Ziel solcher Reallabore ist es, den vielschichtigen Herausforderungen in urbanen Gebieten quasi unter «Laborbedingungen» nachzugehen. Die Fokussierung auf einen beschränkten Raum und die wissenschaftliche Begleitung der Projekte ermöglichen innovative Lösungsansätze und es können neue Instrumente und Verfahren erprobt werden. Auch unsere Stadt steht vor vielschichtigen Herausforderungen: Bevölkerungswachstum, bauliche Verdichtung und die zunehmend alle Lebensbereiche durchringende Digitalisierung stellen sich als Thema. Die Komplexität in der verdichteten Stadt wächst. Was gestern funktionierte, kann bereits morgen nicht mehr funktional sein. Darum sind neue Ansätze notwendig. Ob ein Stadtlabor oder mehrere Laborquartiere den richtigen Ansatz darstellen, wird sich bei der Prüfung zeigen müssen. Reallabore sind nicht un-

umstritten; so stellen sich Fragen an die Erwartungen und an die Abgrenzung zu einem Umfeld, das mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert ist. Trotzdem erachtet der Stadtrat die Prüfung des Vorstosses als sinnvoll.

Weitere Wortmeldungen:

**Yasmine Bourgeois (FDP):** Die Stadt soll also ein Kalkbreite-Disneyland schaffen. Wer darin wohnen darf, ist bereits mit einem Blick auf die Kalkbreite oder andere ideologisch aufgeladene Projekte zu erahnen. Das Postulat fordert Planung und meint damit eigentlich Plangesellschaft und Planwirtschaft. Der Staat soll sich nicht mehr nur auf die Planung der äusseren Merkmale eines Quartiers beschränken, sondern auch die Wirtschaft und Gesellschaft planen. Für wenige Glückliche sollen neue, optimale Rahmenbedingungen geschaffen werden. Optimale Rahmenbedingungen für neue Formen der Verdichtung und des Zusammenlebens sind nicht falsch. Diese fordern wir schon lange; aber für alle, nicht für Sonderregelungen für einzelne Projekte. Wer urbane Experimente zu Wohnformen betreiben will, soll dies in Eigenverantwortung und mit den Regeln, die für alle gelten, durchführen. Beim Postulat wurde vergessen, dass Planungsprozesse grossenteils vom Bund vorgegeben sind. Die FDP spricht sich gegen teure Wohlfühlprojekte auf Kosten der Allgemeinheit sowie gegen Spezialgesetze für wenige aus und fordert gleiche Chancen für alle, weshalb wir das Postulat ablehnen.

**Matthias Probst (Grüne)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Grundsätzlich halten wir den Vorstoss für eine spannende Idee. Allerdings wird es sich nicht um ein Reallabor, sondern um ein Stadtlabor handeln. In einem Reallabor wird Bestehendes untersucht, wo schliesslich Interventionen getestet werden. In einem Stadtlabor, in dem auch Neues ausprobiert werden kann, ist es auch möglich neue Nachhaltigkeitskonzepte zu testen. Interessant ist, dass etwas Selbstverwaltetes anstelle einer fremdgesteuerten Community eingebracht werden soll. Dementsprechend schlage ich als Textänderung vor, die Stadtlabors als die «selbstverwalteten Stadtlabors» zu beschreiben. So wird ein Pilotprojekt ermöglicht, mit dem auch auf der Verwaltungsebene eine andere Denkweise angebracht werden kann. Prüfenswert wäre die Anwendung auf ein neues Quartier, wie etwa der Thurgauerstrasse. Dass die Stadt zukünftig verdichten muss, ist unbestritten, was aber nicht den zentralen Punkt des Vorstosses darstellt. Es geht darum, neue Entwicklungen und Lösungen ausprobieren zu können. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir unsere Stadt weiterentwickeln wollen; es braucht Qualität und die Stadt soll nicht nur im Zentrum florieren.

**Andrea Leitner Verhoeven (AL):** Unsere Fraktion beschloss Freigang bei diesem Postulat. Das Postulat ist textreich und lässt Interpretationsspielraum zu. So gaben etwa die optimalen Rahmenbedingungen für ein Laborquartier zu bedenken. Wir begrüssen, dass Laboranlagen und Verdichtung thematisiert werden, was wir als Bekenntnis der Stadt- und Verwaltungsseite einschätzen: Neben der Verdichtung und dem neu Entstehenden wird die Bevölkerung nicht aus den Augen verloren. Die optimalen Rahmenbedingungen sollen unbürokratisch und zurückhaltend werden, damit der Selbstbestimmungsfaktor maximal zum Tragen kommen kann und damit die maximale Partizipation der bestehenden und der neuen Quartierbevölkerung ermöglicht wird. Heute ist der richtige Zeit-

punkt für diese Art von Projekten; an vielen Orten entstehen Neubauten oder alte Quartiere werden um- und aufgebaut. Die dem Postulat kritisch Gegenüberstehenden unserer Fraktion argumentieren, dass die überzeugendsten und die organisch am besten funktionierenden Wohn- und Zusammenleben-Projekte der letzten Jahre erfolgreich sind, weil sie nicht unter städtischem Einfluss leiden. Wenn ein solches Projekt implementiert wird, soll die Quartierbevölkerung nicht zu Versuchskaninchen und das Quartier nicht zur Versuchsanlage werden, die akademisch ausgewertet werden können.

**Pirmin Meyer (GLP):** Die Stadt wird in den nächsten Jahren nicht um Experimente herumkommen, wenn die Herausforderungen der Digitalisierung und der sich abzeichnende Bevölkerungsanstieg gemeistert werden wollen. Zürich wird wachsen, was einem globalen Megatrend entspricht. Wir sehen dieser Entwicklung positiv gegenüber und sehen ein, dass ein derartiger Anstieg der Bevölkerung nur mit dem Bauen in die Höhe aufgefangen werden kann. Eine qualitative Verdichtung bleibt dabei das Ziel. Das beinhaltet auch intelligente Mobilität wie digitale Parksysteme oder neue Formen des Wirtschaftens wie der Sharing Economy. Unsere Vision ist es, dass Zürich die führende Rolle in der Digitalisierung übernehmen wird, was einen gewaltigen Mehrwert für die Bevölkerung und das Gewerbe schafft. Mit der Einführung einer persönlichen E-ID wird die Kommunikation vereinfacht und die Effizienz in der städtischen Verwaltung steigt massiv an. Geschäftsideen werden sich ohne Papierflut umsetzen lassen. Die digitale Mitsprachemöglichkeit wird zur Selbstverständlichkeit; die Bevölkerung hat bei städtischen Projekten von Anfang an Mitspracherecht – online und offline. Eine digitale Plattform, ergänzt durch Workshops, wird stets weiterentwickelt und verbessert. Inspiriert vom MindLab in Kopenhagen oder vom OpenLab in Stockholm wird das ZüriLab eingeführt. Es wird immer mehr öffentliche Plätze geben, auf denen sich Zürcherinnen und Zürcher milieu- und generationenübergreifend begegnen. Ein dynamisches Planungsinstrument wie das Stadtlabor hilft der Stadt, eine Haltung zu entwickeln und mutig Neues auszuprobieren und umzusetzen. Darum unterstützen wir das Postulat.

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Stadt wächst so stark, dass sie es eigentlich nicht mehr verkraften kann. Dem wird die Digitalisierung gegenübergestellt, als ob sie zu mehr Grün- und Wohnflächen in der Stadt führen würde. In den nächsten fünfzehn Jahren werden bis zu 100 000 Menschen in die Stadt ziehen: Die Stadt steht vor eigentlich nicht lösbaren Herausforderungen, wie das auch im Postulat bestätigt wird. Die Preise der Wohnungen werden in die Höhe steigen und Grünflächen zugrunde gehen; wir sind hilflos den Vorgaben des Kantons ausgesetzt. Anstelle von deutlichen Worten, wie der Tatsache, dass die Masseneinwanderung uns die Lebensqualität entzieht, wird nun ein unverständliches Postulat vorgelegt.

**Alexander Brunner (FDP):** Schlagwörter wie optimale Rahmenbedingungen, Verdichtung, innovative und alternative Nutzungsprinzipien und Nachhaltigkeit gefallen uns. Die Grundrichtung des Postulats können wir begrüßen. Bei genauerer Betrachtung hingegen fällt auf, dass gefordert wird, dass Planungsinstrumente hinterfragt oder vielleicht sogar ignoriert werden sollen. Ob es sich aber tatsächlich um weniger Bürokratie und mehr Freiheit handelt, bezweifeln wir und befürchten, dass die Forderungen zu mehr Bürokratie führen werden. Wir fordern stets Verdichtung. Hier wurde dem aber nicht

nachgegangen. Wir möchten die Komplexität der Stadt reduzieren. Was die Forderung des Hinterfragens von Planungsinstrumenten konkret bedeutet, wird nicht ersichtlich. Innovation bedeutet, Neues auszuprobieren, was dem Sinn eines Stadtlabors entsprechen würde. Wenn jedoch zentralplanerische Pseudolabore entwickelt werden, bleiben Innovationen aus. Innovationen setzen mehr Mut zur Freiheit und mehr gestalterischen Willen in verdichteten Räumen voraus. Mit dem Postulat kann das nicht umgesetzt werden, was nur noch mehr Planungsinstrumente bedeutet. Das Postulat beantwortet nicht, ob die bestehenden Planungsinstrumente gekürzt, abgeschafft oder ausgebaut werden sollen. Die linke Seite argumentiert stets gegen Stadtentwicklung, sei es bei der Seilbahn über dem See, dem Kongresszentrum oder dem Fussballstadion; darum glauben wir den leeren Worthülsen nicht.

**Walter Angst (AL):** Mit dem programmatischen Postulat wurde eine aufschlussreiche Debatte ausgelöst. Der skeptische Teil der AL-Fraktion hat den Eindruck, dass die Auseinandersetzung um die Stadt, um die gesellschaftliche Aneignung der Stadt, nicht als Segen der Stadtpräsidentin oder der Verwaltung über uns kommen, sondern dass es sich um ein Ergebnis ziemlich grundsätzlicher Kämpfe zwischen zwei Seiten handelt. Die Auseinandersetzung um Grundeigentum und um den Wert der Menschen findet real statt. Beispielsweise handelt es sich bei der Aneignung der Hellmutstrasse in den 1970er-Jahren um ein gelungenes, erfolgreiches Projekt. Die erfolgreichen Prozesse werden nicht staatlich moderiert, die Auseinandersetzung über die Kontrolle des Grundeigentums und der Gestaltung des Lebensraums findet bei dem Menschen statt. Daraus werden Energien produziert. Teilweise geschah das auch in der Stadt Zürich, aber nicht durch einen Auftrag des Gemeinderats. Darum enthalte ich mich.

**Christine Seidler (SP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Auf die Idee zu kommen, dass wir Planwirtschaft fordern, ist nicht nachvollziehbar. Ohne Investoren kann es nicht zur Stadtentwicklung kommen, so ein Grundsatz, der mir täglich begegnet. Ich glaube nicht, dass die Überwindung des Kapitalismus zielführend ist. Ein Stadtlabor zeigt auf, welchen Einfluss Kriterien auf die Lebensqualität eines Quartiers haben und wie die Wirkungszusammenhänge unter den neuen Herausforderungen anstehen. Harte und objektiv messbare Faktoren werden der subjektiven Wahrnehmung urbaner Qualität entgegengesetzt und zueinander in Bezug gesetzt. Damit werden eine effiziente Kommunikationsgrundlage, eine Argumentation für die Güterabwägung sowie eine Arbeits- und Entscheidungshilfe mit allen Beteiligten generiert, was wiederum Akzeptanz schafft, damit das Areal marktgerecht und den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Quartiers entsprechend oder allen zukünftigen Stakeholdern gegenüber ohne Zeitverlust entwickelt werden kann. Der Markt ist volatil; zu viel Geld ist vorhanden und zu wenige Investitionsmöglichkeiten bestehen. Auch für die Big Player ist es schwierig, Areale zu entwickeln: Der Konkurrenzkampf ist zu gross. Um zu wissen, was zukunftsfördernd ist und was die Bedürfnisse der Gesellschaft sind, müssen solche Dinge erprobt werden. Das Thema Partizipation ist mir sehr wichtig; auch Aneignung stellt einen Teil des Labors dar. Der Staat muss auf dieses Thema sensibilisiert werden, damit die Instrumente angepasst werden können. Das Postulat fordert gute Lösungen für die anstehenden Herausforderungen.

6 / 6

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten für die Realisierung, für die Planung und Erstellung eines selbstverwalteten Stadtlabors (Laborquartiers). Statt des herkömmlichen Planungsrahmens sollen, optimale Rahmenbedingungen bestimmt werden, um neue Formen der Verdichtung und des Zusammenlebens, innovative und alternative Nutzungsprinzipien, Nachhaltigkeit, Bildung von Quartieridentität zu ermöglichen. Das Stadtlabor soll während zehn Jahren bestehen und wissenschaftlich begleitet werden.

Das geänderte Postulat wird mit 70 gegen 38 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat